Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1289. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 187. Freitag, 13. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: R. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Besatzungsverminderung.

Nach deutscher Berechnung befinden sich im Rheinland zur Zeit 85 000 Mann fremder Besatzung, nach französischer Berechnung dagegen beträgt die Truppenzahl nur 70 000 Mann; Frankreich rechnet nämlich weder die Militärangestellten, noch die Besatzung des Kehler Brückenkopfes mit. Schon aus diesen verschiedenen Berechnungsmethoden ergibt sich, daß eine Einigung über die berühmten Normalziffern nicht möglich ist. Deutschland hat eine Herabsetzung auf 50 000 Mann gefordert, Frankreich glaubt aber, seine Besatzungsstärke schon auf die Normalziffer gebracht zu haben, wenn es jetzt, wie von Frankreich angekündigt worden ist, seine Besatzung um 10 000 Mann vermindern will. Immerhin haben die Vorstellungen der deutschen Regierung und der deutschen Diplomaten bei den interalliierten Mächten anscheinend einen Erfolg gehabt. Dieser Erfolg ist aber einigermaßen problematisch, denn Frankreich verlangt als Ausgleich für die Besatzungsverminderung die Erfüllung gewisser Forderungen, die in ihren Einzelheiten bisher noch nicht bekannt sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Einstellung der „nationalistischen" Propaganda im Rheinland und vielleicht auch noch um gewisse Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage. Was die nationalistische Propaganda im Rheinland anbelangt, so scheint Frankreich die Verhältnisse vollkommen zu verkennen. Das Rheinland steht ebenso wie vor der Besatzung auch jetzt noch unter deutscher Souveränität, und Deutschland hat weder die Macht noch das Recht, den so gefürchteten nationalistischen Verbänden im Rheinland die Tätigkeit zu verbieten, die es ihnen im unbesetzten Deutschland erlaubt. Wenn die deutsche Regierung in dieser Frage Zugeständnisse an Frankreich macht, so ist damit zweifellos eine Verstärkung der Schikanen verbunden, denen die rheinländische Bevölkerung bisher schon ausgesetzt war. Man weiß, was Frankreich unter nationalistischer Propaganda versteht. Schon das Absingen der Nationalhymne wird von der französischen Besatzung als Provokation empfunden und bestraft. Wie soll das werden, wenn die deutsche Regierung die Verpflichtung eingeht, nationale Betätigung im Rheinland zu verbieten? Frankreich macht bekanntlich zwischen „national" und „nationalistisch" keinen Unterschied.

Die Entwaffnungsfrage wird nach den Noten, die die Militärkontrollkommission vor kurzem an die deutsche Regierung richtete, erledigt werden. Verlangt Briand etwa als Ausgleich für die Verminderung der Besatzung Entwaffnungszugeständnisse, die noch über das in der Kritik des Generals Walch und des englischen Außenministers angedeutete Maß hinausgehen? Zu solchen Zugeständnissen kann Deutschland selbstverständlich niemals bereit sein.

Es ist auffallend, daß Frankreich erst kurz vor Beginn der Herbstsitzung des Völkerbundes sich bereit erklärt hat, seine Besatzung im Rheinlande zu vermindern. Offenbar hat es sich erst in der letzten Stunde zu der für uns selbstverständlichen Ueberzeugung durchringen können, daß die im Locarnopakt versprochenen Rückwirkungen noch vor Beginn der Völkerbundssitzung erledigt sein müssen und daß für derartige Verhandlungen kein Platz mehr ist, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerbundes ist.

Reichsrats-Beschlüsse.

Der Reichsrat nahm in seiner **öffentlichen Vollsitzung** vom Donnerstag die Regierungsverordnung an, wonach das **deutsch-französische Handelsabkommen** vorläufig in Kraft gesetzt wird. Auf Anregung des Vertreters der Hansestädte gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß auch bezüglich der Einreise-Bewilligung in die französischen Kolonien und Mandatsgebiete in den weiteren Verhandlungen mit Frankreich über einen endgültigen Handelsvertrag die Rechte der deutschen Staatsangehörigen klargestellt werden sollten. Die **Reichsratsausschüsse** hatten die Regierungsvorlage, wonach den Hypothekar-Schuldscheinen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt im Betrage von 360 Millionen Mark die **Mündelsicherheit** zuerkannt werden sollte, **abgelehnt**. In der Vollversammlung hielt **die Regierung ihren Antrag aufrecht**. In namentlicher Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit 36 gegen 30 Stimmen wieder hergestellt. Gegen die Vorlage stimmten der Vertreter der preußischen Provinz Sachsen sowie die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen. Der Vertreter von Bremen enthielt sich der Stimme. Der Reichsrat genehmigte ferner die **Außerkraftsetzung** der Verordnung über die **Mehlzölle**.

Erörterungen des Arbeitsbeschaffungs-Programms.

Einen großen Raum der gestrigen Beratungen des Reichskabinetts nahmen laut Berl. Lok.-Anz. die Erörterungen des Arbeitsbeschaffungs-Programms ein. Die Einzelheiten des Programms, insbesondere die **Finanzierungsvorschläge** für die verschiedenen Sondergebiete wurden gebilligt. Es handelt sich dabei in erster Linie um **größere Aufträge bei der Reichsbahn, der Post, beim Kanal- und Brückenbau** usw. In engem Zusammenhang mit der Durchführung des Arbeitsbeschaffungs-Programms erstattete Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Bericht über die gesamte Finanzlage des Reichs.

Deutschlands Vertretung in der Studienkommission.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung unter anderem beschlossen, den deutschen Botschafter in Paris von Hösch und den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Gaus wieder mit der Vertretung Deutschlands in der Studienkommission zur Klärung der Ratsfrage zu beauftragen. Die **Studienkommission** wird am **28. August in Genf zusammentreten**. Die deutschen Delegierten werden auf jeden Fall keine bindenden Verpflichtungen übernehmen, sondern ihre Teilnahme an den neuen Beratungen der Studienkommission wird nur informatorischen Charakter haben.

Heute wieder Kabinettssitzung.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird die Sitzung des Reichskabinetts, die sich gestern bis in die Nachtstunden hinein erstreckte, heute abend 6 Uhr fortgesetzt werden. Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** hat seinen Bericht über die außenpolitische Lage noch nicht erstattet und die Aussprache des Kabinetts darüber hat infolgedessen noch nicht stattgefunden. Sie wird erst heute abend erfolgen. Ebenso hat sich das Kabinett gestern mit der Frage des **Reichsehrenmals** nicht befaßt.

England und die Septembertagung des Völkerbundes.

London. In hiesigen politischen Kreisen scheint man bestimmt damit zu rechnen, daß die **Studienkommission**, die sich mit der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates befaßt, **am 24. d. M. in Genf zusammentreten** wird. Das alleinige Thema wird die Frage des spanischen Anspruchs sein, und es wird auf englischer Seite gehofft, daß die Lösung derartig sein wird, daß Spanien dem Völkerbund erhalten bleibt. Diese Hoffnung scheint bestärkt zu werden durch die Eindrücke, die über die augenblickliche spanische Haltung vorliegen und die zu der Ansicht veranlassen, daß eine Vereinbarung innerhalb des Rahmens der Vorschläge Lord Robert Cecils erzielt werden kann. Die Gewährung eines ständigen Ratssitzes an ein anderes Land als Deutschland wird hier im Hinblick auf die prinzipielle Stellungnahme von Ländern, wie z. B. Schweden, zu dieser Frage für ausgeschlossen erachtet. Im Gegensatz zu gewissen Meldungen in der englischen Presse werden von polnischer Seite keinerlei Schwierigkeiten erwartet und für **ebenso unzutreffend** werden die Meldungen angesehen, in denen von **französischen Bedingungen** für eine Herabsetzung der rheinischen Besatzungstruppen die Rede ist. Auf Grund der hier vorliegenden Unterlagen ist man der Auffassung, daß Briand in seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Paris keinerlei Bedingungen über die Verhütung nationalistischer Kundgebungen und solcher gegen die Separatisten gestellt hat. Was letztere Bedingung betrifft so erkannte man auch vollauf an, daß es für jede Regierung technisch unmöglich sein würde, eine Gewähr für den Schutz irgendwelcher Personen zu übernehmen. Bezüglich der Zahl der augenblicklich im Rheinland stehenden alliierten Truppen glaubt man auf Grund der Statistiken der betreffenden verantwortlichen Militärbehörden annehmen zu müssen, daß das französische Kontingent etwa 59 000, das britische 8000, und das belgische 7000 Mann umfasse. Die Verminderung dieser Gesamtzahl von 75 000 alliierten Truppen um weitere 5000 bis 6000 Mann auf etwa 69—70 000 würde auf englischer Seite für genügend wirksam erachtet, um in Deutschland gewürdigt zu werden, besonders weil man hier den Standpunkt vertritt, daß über die Bedeutung des Begriffes normale Ziffern niemals eine Einigung erzielt werden könnte. Man scheine sich unter diesen Umständen auf englischer Seite daher der bestimmten Erwartung hinzugeben, **daß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nunmehr weder von deutscher noch von anderer Seite Schwierigkeiten im Wege stehen dürften**, und daß damit die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den Völkerbundsrat Anfang September sichergestellt sei. Wie große Bedeutung diesem Ereignis von englischer Seite beigemessen wird, bedarf kaum der Hervorhebung.

Beratungen des spanischen Kabinetts.

Havas meldet aus Madrid: Nach Beendigung des gestrigen Kabinettsrats erklärte der Außenminister u. a., wegen seiner geographischen Lage und der Interessen seiner Staatsangehörigen könne Spanien bei der Erörterung über das Tangerabkommen mit dem sich gegenwärtig alle Kanzleien beschäftigen, nicht fehlen. Ueber die **Studienkommission** für die Zusammensetzung des Völkerbundsrats befragt, erklärte der spanische Außenminister, der Kabinettsrat habe bisher die befolgten Richtlinien gebilligt. Man sehe den Ergebnissen der Beratung dieser Kommission entgegen, die auf Veranlassung Spaniens am 24. August zusammentreten wird. Da auf die Forderungen Spaniens bisher noch keine Antwort erteilt worden sei, habe Spanien selbstverständlich Wert darauf gelegt, daß vor der Genfer Tagung ein der Vollversammlung zu unterbreitender Bericht ausgearbeitet werde, der die Lage kläre.

Beschießung eines deutschen Fischdampfers.

Der Fischdampfer „Karoline Sprenger" ist am 25. Mai d. Js. innerhalb der isländischen Dreimeilenzone von einem **isländischen Kreuzer**, obwohl der Fischdampfer kein Fanggeschirr ausgebracht hatte und keinerlei Anstalten zum Entweichen traf, ohne vorherige Warnung **scharf beschossen** worden, sodaß die Maschine durch die einschlagende Granate schwer beschädigt wurde. Der Dampfer wurde durch den Kreuzer aufgebracht und in Westmannaoyja mit einer Strafe wegen angeblich verbotenen Fischens belegt. Bemerkenswert ist, daß die Kosten einer provisorischen Reparatur des Schiffes vom isländischen Kapitän bezahlt wurden sowie daß ein Offizier des Kreuzers auf dem Fischdampfer die Herausgabe der Granatensprengstücke zu erzwingen suchte. Wie die Blätter berichten, hat das **Auswärtige Amt** nach Prüfung und Feststellung des Sachverhalts in Kopenhagen am Montag **Vorstellungen erheben lassen**. Die dänische Regierung sagte eine Antwort zu, die noch erwartet wird.

Versailler Friedensvertrag und Grenzänderung.

Um Eupen und Malmedy.

Dieser Tage wurden von halbamtlicher Seite in Brüssel die angeblich aus deutscher Quelle stammenden Nachrichten für unzutreffend erklärt, wonach die Möglichkeit bestehe, daß binnen kurzem zwischen Belgien und Deutschland eine Uebereinkunft **wegen der Rückgabe der auf Grund des Versailler Friedensvertrages Belgien zugesprochenen Gebiete von Eupen und Malmedy an Deutschland in Frage käme.** Diese Meldungen sind, wie ausdrücklich festgestellt werden muß, nicht von deutscher Seite lanciert worden, sondern die belgische Presse selbst hat diese Angelegenheit vor einiger Zeit aufgegriffen und beschäftigt sich auch heute noch mit der Frage einer Rückgabe von Eupen und Malmedy an Deutschland. In diesem Zusammenhang wird **von Brüssel aus ein Fühler ausgestreckt** und zwar dahingehend, daß die belgische Regierung diese Gebiete an Deutschland abtreten wolle, wenn die Berliner Regierung sich bereiterklärt, sich an der **Stützung der belgischen Valuta** dahingehend zu beteiligen, daß die im Besitze des belgischen Staates während der Okkupationszeit in Umlauf gesetzten deutschen Reichsbanknoten im Betrage von sieben Milliarden Goldmark zu einem noch festzusetzenden Satze eingelöst werden.

Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, ist diese Angelegenheit Gegenstand einer **eingehenden Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gewesen.** Während der Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten mit dem amerikanischen Präsidenten der Federal Reserve Bank, Strong, in Scheveningen hatte Dr. Schacht auf Grund von Instruktionen der Reichsregierung auch mit einem Mittelsmann der belgischen Regierung gleichfalls eine Unterredung über die Möglichkeit einer Einlösung der deutschen Banknoten. Dr. Schacht hat den Reichsaußenminister über das Ergebnis dieser Besprechung bereits informiert. **Da nach dem Versailler Friedensvertrage eine Grenzänderung der Zustimmung der Vertragspartner bedarf, hat sich nunmehr die belgische Regierung mit den Signatarmächten in Verbindung gesetzt, um die Zustimmung für die Rückgabe von Eupen und Malmedy zu erreichen.** Nach Auffassung unterrichteter Kreise dürfte, falls dieser Plan Wirklichkeit werden sollte, eine Rückgabe dieser Gebiete nicht ohne weiteres erfolgen, **sondern man wird die Veranstaltung einer Volksabstimmung in Erwägung ziehen. Es ist schon jetzt sicher, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung von Eupen und Malmedy für den Anschluß an Deutschland aussprechen wird.**

An maßgebender Stelle ist man davon überzeugt, daß die eventuelle Rückgabe der Belgien zugesprochenen deutschen Gebiete bei einigen Mächten den schärfsten Widerstand auslösen wird. Das gilt namentlich für **Polen**. Der polnische Gesandte in Paris ist im Auftrage seiner Regierung bei der französischen Regierung bereits vorstellig geworden und hat erklärt, daß Polen einer Rückgabe von Eupen und Malmedy an Deutschland sich entschieden widersetzen würde. Es ist offensichtlich, daß die polnische Regierung befürchtet, die Verwirklichung eines derartigen Projektes könnte auch kurz über lang auf den polnischen Korridor und auf Pommerellen Anwendung finden.

Man nimmt an, daß die Frage einer **Grenzberichtigung im Westen und Osten Deutschlands** nach dem **erfolgten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund** aufgerollt werden wird. In Genf bietet sich für die Reichsregierung dann Gelegenheit, diese Probleme zur Sprache zu bringen.

Die Frage der Rheinlandbesetzung.

Besprechungen in Paris und Brüssel.

Paris. Außenminister **Briand** hat kurz vor seiner Abreise dem hiesigen englischen und belgischen Botschafter eine **Abschrift des letzten Memorandums** übergeben lassen, daß ihn der deutsche Botschafter von Hösch in der Frage der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinlande übergeben hatte. In Brüssel hat Justizminister Hymans, der während der Abwesenheit des Außenministers Vandervelde die Geschäfte des Auswärtigen Amtes führt, sofort nach Erhalt dieser Abschrift eine Unterredung mit dem ersten Sekretär der deutschen Gesandtschaft gehabt. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß es sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen in erster Linie um die **Konzentration der Besatzungstruppen in bestimmten Städten** handelt. Briand soll sich dieser Forderung gegenüber nicht ablehnend verhalten.

Die belgische Presse zur Frage Eupen-Malmedy.

Fast die gesamte flämische Presse aller Parteischattierungen **billigt** den Plan einer Rückgabe Eupen und Malmedys an Deutschland, in erster Linie wegen der Lösung der Frage der deutschen Papiermarkbeträge, die im Kriege in Belgien verblieben waren. Von den wallonischen Blättern erheben nur Nation Belge und Etoile Belge lebhaften Einspruch. Die öffentliche Meinung steht der Frage einer **Rückgabe** Eupen und Malmedys **günstig** gegenüber.